

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Warum Wirtschaftsgipfel?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1983) : Warum Wirtschaftsgipfel?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 6, pp. 264-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135804>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Günter Großer

Warum Wirtschaftsgipfel?

Nach fast dreijähriger Wachstumsstockung, aber gleichwohl rascher als noch um die Jahreswende erwartet, hat eine weltwirtschaftliche Belebung eingesetzt, die sich nicht nur auf die USA beschränkt. Dennoch sind die Zweifel weiterhin groß, daß sich damit bereits ein Durchbruch bei der Bewältigung der vor allem in den siebziger Jahren aufgelaufenen Anpassungsprobleme anbahnt, und die Wirtschaftspolitik bleibt nicht weniger als vorher gefordert, einen Weg aus der hartnäckigen weltweiten Wachstumsschwäche heraus zu ebnen.

Die Thematik des Wirtschaftsgipfels von Williamsburg war somit vorgezeichnet. Aufs neue überraschend aber war nach bereits achtjähriger Erfahrung mit derartigen Zusammentreffen, daß er vielfach wieder mit Erwartungen belastet wurde, die dann von den Ergebnissen enttäuscht wurden. Dies offenbar vor allem, weil unter dem Schwall wohlklingender Bekundungen wirtschaftspolitischer Gemeinsamkeiten kaum Ansätze für konkretes Handeln zu entdecken sind. Bevor daraus Schlüsse auf den Erfolg der Konferenz gezogen werden, sollte allerdings die Frage nach ihrem Sinn gestellt werden.

Zweifellos hat die in der Nachkriegszeit überaus rasch gestiegene weltwirtschaftliche Verflechtung – ohne die selbst der gegenwärtige, von jahrelanger Wachstumsschwäche beeinträchtigte Lebensstandard noch ein fernes Ziel wäre – die wirtschaftspolitischen Aktionsräume nachhaltig verändert: Das wirtschaftliche Geschehen in jedem einzelnen Land wurde zunehmend von Entscheidungen anderer abhängig, und eigene Maßnahmen wirkten immer mehr über die politischen Grenzen hinaus. Nationale Souveränität in der Wirtschaftspolitik wurde so zu einem hohlen Begriff.

Solange Produktion und Einkommen rasch expandierten, nahmen gleichwohl alle Regierungen den wirtschaftlichen Erfolg für ihre Politik in Anspruch. Als es aber zum Wachstumsknick kam, stieg unverkennbar die Neigung, die schmerzhaften Rückschläge der Außenwelt anzulasten. Zunächst war die Ölpreisexplosion an allem schuld – obwohl die monetären und verteilungspolitischen Fehlentwicklungen in den Industrieländern längst vorher eingesetzt hatten. Und gegenwärtig wiederum werden die wachstumsdämpfenden hohen Realzinsen vielfach allein dem hohen Budgetdefizit in den USA zugeschrieben – obwohl die Staatsfinanzen in einer ganzen Reihe westeuropäischer Länder ein wesentlich schlimmeres Bild bieten. Wenn das Gewicht der einzelnen Volkswirtschaften auch sehr unterschiedlich ist, so waren zweifellos alle Länder mehr oder weniger an den wirtschaftspolitischen Fehlsteuerungen beteiligt, die zu den Stabilisierungs- und Anpassungsschwierigkeiten geführt haben.

Enge Verflechtung und wirtschaftspolitische Interdependenz legen eine Abstimmung der Wirtschaftspolitik zwischen den Regierungen sicherlich nahe. Wie jedoch soll dies geschehen, wenn die Grundvorstellungen über die Ursa-

chen der Wachstumsschwäche und die Therapien zu ihrer Überwindung stark differieren? Sucht etwa die Angebotspolitik die Anreize für private Investitionen durch die Verringerung staatlicher Einflußnahme zu vergrößern, so strebt die Nachfragepolitik wirtschaftliche Dynamik gerade über staatliche Impulse an. Unter diesem Aspekt aber sind Wirtschaftsgipfel nicht einmal unproblematisch: Der von ihnen ausgelöste Erwartungsdruck begünstigt wirtschaftspolitischen Aktionismus, der zumindest in angebotspolitischer Sicht die Lösung der fundamentalen Probleme noch erschwert. Die Erfahrungen mit der Lokomotiven-Strategie vor fünf Jahren bilden hier ein warnendes Beispiel.

Die Vorstellung vom Wirtschaftsgipfel, dessen Ergebnis in einem gemeinsamen Konjunkturprogramm besteht, ist nach allem von vornherein realitätsfern. Seine Funktion bleibt vielmehr im Vorfeld wirtschaftspolitischen Handelns angesiedelt. Sie kann nicht zuletzt darin gesehen werden, daß die Spitzenpolitiker der führenden Industrieländer – und mit ihnen die gesamte Öffentlichkeit – zwangsläufig aus nationalwirtschaftlich verengter Optik hinausgeführt werden. Damit aber sollte auch die Durchsetzbarkeit einer an grenzübergreifenden Gesamtzusammenhängen orientierten Politik gegenüber kurzfristigen, doch wählerwirksamen Initiativen steigen. Dies ist besonders wichtig bei der Eindämmung des Protektionismus, dessen Rezepte ebenso gefährlich wie vordergründig einleuchtend sind.

Gleichwohl fragt sich, ob bei einer realistischerweise so bescheidenen Zielsetzung noch von einem „Wirtschafts“-Gipfel gesprochen werden sollte. Solange die ja keineswegs auf ökonomische Fragen begrenzte Konsultation der sieben Staats- und Regierungschefs dieses Etikett trägt, scheint jedenfalls die alljährliche Enttäuschung fürs erste vorgezeichnet zu sein.